



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 2 18 31 - 33  
Fernschreiber 0 896 890

P/XIV/287 - 17. Dezember 1959

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1	Fauler Kompromiß in Rundfunkstreit CDU-Ministerpräsidenten kapitulieren	38
2 - 3	Belgrad - Moskau Von unserem Korrespondenten in Belgrad, Harry Schleicher	59
4	"Vertrauen" für den Kerl Von Franz Barsig	47
5	Butter Großimporteure schreien nach Staatshilfe	34
6 - 7	"Wenn Deutschland im zweiten Weltkrieg ..." Aufschlußreiche Primaner-Aussagen	59

Zur Beachtung!

1960 - das Jahr der Offensive.

Explosionsartig breitet sich die technische Revolution über die Erde aus, sie erfaßt alle Völker, sie wälzt alle Ordnungen um, auch die unsere.

Über dieses Thema veröffentlichen wir morgen einen Artikel von Waldemar von Knoeringen, stellvertretender Vorsitzender der SPD.

\* \* \*  
\* \*

Pauller Kompromiß im Rundfunkstreit

J.F.W. - Die Entwürfe für "Deutsche Welle", "Deutschland-Funk" und "Deutschland-Fernsehen", nach denen der Kanzler und sein Innenminister Rundfunk und Fernsehen umbauen wollen, sind antidemokratisch und gefährden das kulturelle Niveau der Programme. Die Unabhängigkeit und Überparteilichkeit der Sendungen, die die einleitenden Paragraphen deklamatorisch fordern, unterdrücken die nachfolgenden Einzelvorschriften gründlich und endgültig.

Es ist nötig, diese Tatsache immer von neuem zu wiederholen, denn es ging nicht um die gefährliche Tendenz der Regierungspläne, als am Mittwoch vier der sechs CDU-Ministerpräsidenten bei ihrem Parteichef Adenauer antraten. Man verhandelte lediglich über die verfassungsrechtliche Form, in der die Absichten der Bundesregierung verwirklicht werden sollen. Der Verfassungsverstreit, ob Bestimmungen über Rundfunk und Fernsehen unter die Kompetenz des Bundes fallen oder zur Kulturhoheit der Länder gehören, spaltet seit Monaten die CDU im Bund und Ländern. Verständlich ist es, daß der Bundeskanzler und Parteichef Adenauer seine ganze Autorität einsetzt, um diesen Riß zu kitten. Unverständlich bleibt es, daß die Ministerpräsidenten Altmaier, von Hassel, Kiesinger und Roeder einem Vorschlag zustimmten, der ihre kaum verhüllte Kapitulation bedeutet.

Der Plan, die Kurzwellenanstalt "Deutsche Welle" für Sendungen in das Ausland und die Anstalt "Deutschland-Funk" für ein deutsches Repräsentativprogramm durch ein Bundesgesetz zu schaffen, die Organisation des zweiten Fernsehprogramms durch ein Verwaltungsabkommen zwischen Bund und Ländern zu regeln, ist nämlich kein echter Kompromiß im Verhältnis 2:1 zwischen Bund und Ländern.

Rechtsgrundsätze sind unteilbar! Sollten tatsächlich nicht nur die vier CDU-Länderchefs, sondern alle Ministerpräsidenten einer Regelung von Teilen der Rundfunk- und Fernsehordnung durch Bundesgesetz zustimmen, so haben sie damit ihre Kompetenzen auf diesem Gebiet endgültig aufgegeben. Der Anspruch auf die Rundfunkhoheit der Länder, in dessen Verteidigung die Ministerpräsidenten bisher einig waren, wäre fallen gelassen. Die Bundesregierung hätte das Ziel, um das sie seit 1953 kämpft, sich das Gesetzgebungsrecht auf diesem strittigen Gebiet zu sichern, erreicht. Sie wird es dann in Zukunft, wann immer es ihr gefällt, auch gegenüber dem Fernsehen in Anspruch nehmen können, ohne daß ein Rechtseinspruch der Länder möglich wäre. Die unabsehbaren Folgen dieser Kapitulation liegen auf der Hand. Sie werden auch den Ministerpräsidenten klar sein.

Belgrad - Moskau

Von unserem Korrespondenten in Belgrad, Harry Schleicher

Es hat in letzter Zeit nicht an zweifellos durch ein amerikanisches Nachrichtemagazin inspirierten Spekulationen um das zukünftige Verhältnis Belgrad-Moskau gefehlt. Meldungen á la "Tito-Chruschtschow-Treffen an der rumänisch-jugoslawischen Grenze", "Tito sondiert Moskaureise" wurden in so aufdringlicher Weise propagiert, dass die auf solche Blockköder anbeissenden Publizisten nicht mehr die Freiheit zu finden schienen, ihre mit einiger Beweiskraft zum Einsturz gebrachten Kartenhäuser freiwillig zu räumen.

Sicherlich wird die letzte Titorede - die dritte innerhalb kaum eines Monats - solchen Vermutungen einige neue Nahrung geben. Staatschef Tito hat in einer zwischen Versöhnlichkeit und Entschlossenheit gepolten Rede nochmals deutlich gemacht, wie Belgrad den "Revisionismusstreit" Ostblock-Jugoslawien sieht.

1. Eine zugegebene Revision schädlicher Praktiken sei dort erfolgt, wo man geglaubt habe, kommunistische Gesellschaftsziele schneller und besser zu erreichen. Ausserdem habe einen Teil dieser Reformen, mit denen Jugoslawien nur vorangegangen sei, selbst der Ostblock durchgeführt, ohne damit den Anspruch aufzugeben, sich auf der rechten ideologischen Linie zu bewegen.

2. Der Beweis für eine marxistisch-leninistische Haltung müsse keineswegs durch die Mitgliedschaft Jugoslawiens im "Lager" geliefert werden.

3. Obwohl Belgrad die als positiv eingeschätzte Aussenpolitik der Sowjetunion in allen wichtigen Fragen unterstütze, habe Jugoslawien als souveräner Staat das Recht, eigene Interessen zu verfolgen; umso mehr als diese nicht gegen die Sowjetunion gerichtet seien.

Titos im Ton humorvoll-kässige Aufforderung an einige "Ostblockphilosophen", ihre gegenwärtig zwar seltener, dafür angeblich

"basierteren" antijugoslawischen Angriffe aufzugeben, mag mit der gleichfalls nicht überstrapazierten Auseinandersetzung um die unlängst in Budapest erfolgten Angriffe des ungarischen KP-Chefs Kadar, Jugoslawien habe sich in die ungarischen Angelegenheiten eingemischt, den Eindruck erwecken, als könnte etwas vorgehen zwischen Moskau und Belgrad. Wenn Jugoslawien seine und die Rolle der blocklosen Staaten in der gegenwärtigen internationalen Situation ernst nimmt, eine mögliche Aufteilung der Welt in zwei wirtschaftliche Einflusssphären der beiden Blöcke zu verhindern, warum sollte es dann nicht zur Verwirklichung seines Anliegens - wie man es mit Washington vergebens versucht hat - auch nach Moskau gehen, könnte zu Recht gefragt werden.

Was jedoch auf den ersten Blick als durchaus logisch und vertretbar erscheinen mag, darf andererseits nicht mit dem aktuellen Willen der für einen solchen Fall zuständigen zwei Seiten gleichgesetzt und damit verwechselt werden. Denn dass man gegenwärtig in Moskau die Bereitschaft haben sollte, dem "Abtrünnigen" Tito möglicherweise einen Triumphzug zu verschaffen, wenn dieser nicht in offener, für jeden sichtbarer Form gewisse ideologische Verfehlungen zugibt, ist durch nichts anzunehmen gerechtfertigt. Der ideologische Konflikt, obwohl nach aussen scheinbar eingestellt, hat in den langen Jahren seine Eigengesetzlichkeit entwickelt. Tito-Jugoslawien ist zum Symbol für die Ursachen innerer Schwierigkeiten und Gegnerschaft innerhalb des Ostblocks geworden. Ein Symbol, das es für eventuell wieder schlechtere Zeiten zu erhalten gilt. Es sollte daher nicht überraschen, wenn Titos für die Ostblockpolitik teilweise anerkennenden Ausführungen und recht versöhnlichen Versicherungen, auf dem rechten, wenngleich eigenen Wege zu sein, auch diesmal im Ostblock kein Echo finden werden und eine demonstrative ideologische Annäherung zwischen Belgrad und Moskau zunächst kaum wahrscheinlich erscheinen lassen.

+ + +

## "Vertrauen" für den Kerl

Von Franz Barsig

Wenn die deutsche Akademie für Sprache und Dichtung vor Zeit zu Zeit darüber klagt, daß die deutsche Sprache mißhandelt wird, dann hat sie meistens die "Schnulzen-Dichter" im Auge, denen außer Reimer wie "Liebe" und "Triebe" und sich sich nichts mehr einfällt.

Es wäre gut, wenn sie ihre Aufmerksamkeit auch einmal den Politikern zuwenden würde, die nicht nur schlechtes Amtsddeutsch sprechen, sondern auch den Sinn von Worten ins genaue Gegenteil verkehren.

Da hat am Mittwoch nach der Tonbandaffäre eine Aussprache zwischen dem Bundeskanzler und dem Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen, Ernst Lemmer, stattgefunden, und nach Abschluß dieses Gesprächs wurde mitgeteilt, daß der Bundeskanzler diesem Bundesminister "sein volles menschliches und politisches Vertrauen" ausgesprochen hat. Hier werden Worte wahrlich strapaziert, denn jedermann weiß, daß der Bundeskanzler zu Bundesminister Lemmer weder menschliches noch politisches Vertrauen hat, im Gegenteil, er würde "diesen Kerl" auch nach dieser Aussprache am liebsten herauswerfen, wenn er nur könnte.

Das wird auch Ernst Lemmer wissen, und deshalb ist es um so unverständlicher, daß er diesem Phrasenkommuniqué seine Zustimmung gegeben hat.

Wir wollen Ernst Lemmer nicht unterstellen, daß er zu den Sessel-Klebern gehört und daß auch für ihn der markige deutsche Satz gilt, daß ein deutscher Minister nicht zurücktritt, sondern höchstens zurücktreten wird. Aber hat Ernst Lemmer immer noch nicht erkannt, daß er in politischen Illusionen lebt? Alle Welt in Bonn weiß, daß Ernst Lemmer seinen Posten beibehält, weil er fürchtet, daß es bei einem eventuellen Nachfolger noch schlimmer werden könnte, daß dann auch die letzten Fäden zerrissen werden, die heute die Monochen in den beiden Teilen Deutschlands noch zusammenhalten. Ernst Lemmer irrt. Er mag vielleicht noch in Berlin, in seinem kleinen Ministerbüro bestimmen dürfen, sobald er Bonner Boden betritt, ist es damit aus, und selbst in seinem Ministerium betritt er feindliches Gebiet, sobald er sein Amtszimmer verläßt.

In dem Kommuniqué wird weiter gesagt, daß eine Übereinstimmung im Hinblick auf die Bemühungen stattgefunden habe, angesichts der sich stärkenden Spaltungsversuche der Regierung der sowjetischen Besatzungszone, die dadurch bedrohte Einheit des deutschen Volkes bis zur Lösung der deutschen Frage zu wahren. Auch hier werden die Worte, wenn man die Auffassung der beiden Personen kennt, genau ins Gegenteil verkehrt. Wenn es tatsächlich eine Übereinstimmung gibt, dann hat entweder Ernst Lemmer sich aufgegeben, oder der Bundeskanzler, wie wir ihn kennen, existiert nicht mehr. Leider muß man annehmen, daß das erstere der Fall ist.

Aber Ernst Lemmer ist alt genug und er hat Erfahrung genug, um zu wissen was er tut. Er wird allerdings nicht annehmen dürfen, daß ihm auch nur ein ernsthafter Mensch das glaubt, was in dem Kommuniqué steht. An Kredit hat er durch die Ehrenerklärung, die der Kanzler für ihn abgegeben hat, sicherlich nicht gewonnen.

### Butter

sp - Zu Ende der zwanziger und Beginn der dreissiger Jahre, als Massenarbeitslosigkeit und Kriseneinbrüche ihrem Höhepunkt zustrebten, verlangten viele Grossunternehmen Staatshilfe; sie handelten nach dem Motto Gewinne zu privatisieren und Verluste zu sozialisieren. Das ist seither nicht anders geworden. Es ist eine eigenartige Philosophie. Wenn es gut geht, soll der Staat - und der Staat sind wir ja alle - die Wirtschaft schön unter sich lassen, um ihr Gewinnstreben nicht zu stören; bläst aber der Wind in umgekehrter Richtung, dann soll der Staat zur Unterstützung von Unternehmen tief in die Tasche greifen, wenn sie sich verspekulieren.

Einige Butter-Grossimporteure hatten sich, als der Butterpreis in die Höhe klomm, zu erhöhten Importpreisen reichlich eingedeckt. Nun sitzen sie in der Klemme; sie werden ihre Butter nicht los und verlangen nun vom Bundesernährungsministerium entweder die Übernahme der Butter oder den Ausgleich des Verlustes, den sie durch voreilige Bestellungen erlitten haben. Es geht hier um Millionenbeträge.

Für die betreffenden Grossimporteure mag der Verlust recht schmerzlich sein, aber sie müssten sich sagen, dass wir doch in einer Marktwirtschaft leben, in der es auch Risiken zu tragen gilt. Gewiss würden sie sich dagegen wehren, wenn etwa der Staat in einem umgekehrten Falle von ihnen verlangen würde, erhöhte Gewinnspannen als Steuer abzuführen. Man hört schon das entrüstete Echo: das wäre ein unerträglicher Eingriff in die Freiheit des Unternehmers und der Marktwirtschaft ...

Auch der Bauerverband hat dafür gesorgt, dass die Diskussion um die Butterpreise weitergeht. Unter seinem Druck hat der Niederländische Molkereiverband beschlossen, in die Bundesrepublik eingeführte Butter pro Kilogramm um 82,5 Pfennig zu erhöhen. Der Bauerverband drohte im Weigerungsfalle den niederländischen Butterexporteuren mit einer Sperrung des bundesrepublikanischen Marktes. Das geht wieder einmal auf Kosten der Verbraucher. Hier hätte eigentlich das Bundesernährungsministerium gegen solch massiven Druck eines Interessentenverbandes eingreifen müssen, man hat freilich noch nicht vernommen, dass derartiges beabsichtigt ist.

"Wenn Deutschland im zweiten Weltkrieg ..."

Im Württembergischen hielt vor kurzem für eine katholische Gemeinde ein Pallottinerpater eine Missionswoche ab. In seiner ersten Predigt kam folgender Satz vor:

"Wenn Deutschland im zweiten Weltkrieg eine christliche Regierung gehabt hätte, hätte der Rußlandfeldzug dazu benutzt werden können, Rußland wieder zum Christentum zurückzuführen".

Der Professor einer Gymnasialoberstufe bat - ohne zu sagen, woher der Satz stammte, und was er selbst davon hielt - im Unterricht für Zeitgeschichte und Politische Bildung die Primaner, dazu Stellung zu nehmen.

Hier einige Antworten:

... Wenn Deutschland eine im wahren Sinne christliche Regierung gehabt hätte, wäre der zweite Weltkrieg nie begonnen worden, durch den wir soviel Schuld auf uns geladen haben. Einen Kreuzzug zur Wiedergewinnung des kommunistischen Rußland hätte eine christliche Regierung kaum geführt".

"Wenn man diesen Ausspruch betrachtet, könnte man meinen, daß der zweite Weltkrieg auf jeden Fall nötig war, daß ihn nur eine andere deutsche Regierung hätte zu führen brauchen ..."

"Der Verfasser hat wohl nicht überlegt, daß er damit den Rußlandfeldzug gutheißt, beziehungsweise gutgeheißen hätte, wenn er in seinem Sinn Erfolg gehabt hätte. Folgerung: Auf in den Kampf gegen die Ungläubigen! Man fühlt sich um siebenhundert Jahre zurückversetzt in die Zeit der Kreuzfahrer ... Der Kommunismus läßt sich nicht mit Krieg ausrotten, sondern durch eine überlegene Idee (überwinden), die aber gelebt werden muß, um zu wirken".

"Soviel ich weiß, sind die Russen schon vor dem Rußlandfeldzug Christen gewesen und haben der orthodoxen Kirche angehört ..."

"Rußland christianisieren? Ist es nicht schon lange christlich? Oder will man es bekehren, weil es der kommunistischen Lehre anhängt? Warum bekehrt man dann nicht zuerst die französischen und italienischen Kommunisten, die doch größtenteils Katholiken sind?..."

"Meiner Meinung nach sollte der Verfasser nicht so viel von christlichen Regierungen halten, denn zweifellos hätte eine solche Regierung auch noch die Kirche zur Helfershelferin ihrer Schandtaten gemacht ..."

"Es wäre zu untersuchen, was hier unter einer christlichen Regierung verstanden wird. Wenn eine Regierung den Krieg benutzt, um das Christentum zu verbreiten, so ist sie für meine Begriffe nicht christlich ... Hier wird das Christentum als Ideologie, als Mittel gegen den Kommunismus angesehen ... Der diesen Satz aussprach, hatte eine riesige Angst vor dem Kommunismus, der uns mit seinen Raketen über den Kopf wächst. Das Einzige, was er diesem Wirtschaftssystem entgegensetzen hat, ist ein unverstandenes Christentum ..."

"Eine Regierung, die sich bemüht hätte, christliche Ideale zu vertreten, hätte den zweiten Weltkrieg nie beginnen dürfen, und wenn sie die Macht erst im Krieg errungen hätte, wäre sie verpflichtet gewesen, ihn sofort zu beenden ... Nie hätte der Rußlandfeldzug weitergeführt werden dürfen, um Rußland das Christentum zu bringen ..."

"Es gibt Leute, für die Christentum nicht der Glaube an das Evangelium Jesu Christi ist, sondern eine Art Massenorganisation, mit der man die Menschen besonders gut in Zucht und Ordnung halten kann... Wer diese Ansicht vertritt, muß den oben zitierten Satz bejahen. Wer jedoch den christlichen Glauben aus innerster Überzeugung vertritt, der kann diesem Satz nicht scharf genug entgegentreten.

"Frankfurter Hefte"

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel